

BREXIT: SACHSEN-ANHALTISCHE WIRTSCHAFT NICHT FÜR INTERESSEN DER BÜRGER UND UNTERNEHMEN MÜSSEN AKTIV VERTEIDIGT WERDEN

19. Dezember 2018

[Brexit](#) [Dr. Marcus Faber](#),
[Europa](#) [Faber](#) [FDP](#) [FDP Sachsen-Anhalt](#) [Freie Demokraten](#) [Kenia](#),
[Landesregierung](#) [LSA](#)
[Regierungsfraktionen](#) [Sachsen-Anhalt](#),
[Wirtschaft](#)

Die Regierungsfraktion der FDP in Sachsen-Anhalt fragen in der letzten Landtagssitzung der Landesregierung über den Brexit und seinen Auswirkungen für das Land.

„Die FDP-Bundestag-Fraktion hat bereits im April dieses Jahrs über 300 Fragen an die Bundesregierung gestellt, die hauptsächlich aus den gleichen Parteien der Landesregierung besteht“, stellt der stellv. Landesvorsitzende und Mitglied des Bundestages Dr. Marcus Faber fest.

„An der hiesigen Bundestagsdebatte wird deutlich, dass der Brexit auch für die hiesige Wirtschaft Auswirkungen haben wird. Unsere Unternehmen haben Anspruch darauf, dass die Bundesregierung wie auch die Bundesregierung auf sämtliche in den verschiedenen Szenarien zu erwartenden Eventualitäten vorbereitet und Recherchen für diese Vorbereitungen leistet.

Ich bin gespannt, was die Bundesregierung zu dem Thema Brexit bereit hält“, äußert sich Faber. Er fordert, dass die Interessen der Bürger und Unternehmen aktiv vertreten werden müssen. Er abschließend.

Am 29. März nächsten Jahres findet die Bundestagsdebatte auf die große Anfrage der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten zur Vorbereitung des Landes auf die Konsequenzen des Brexits statt. Die Bundestagsdebatte wird am 31. Mai 2019 beantwortet – NACH dem Brexit.